Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t

41. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Mittwoch, 12.04.2006
Sitzungsbeginn:	16:32 Uhr
Sitzungsende:	18:03 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, Raum A 112 (CDU-Fraktion)

Anwesend:

Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Eichstädt, Klaus	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Herr Karnetzki, Michael	SPD
Frau Kölsch, Juliana	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (BD)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (BD)
Herr Timm, Peter	GRÜNE (BD)

Vom Amt:
BzStR Stäglin
Bau L Herr Müller-Ettler (zugleich Protokoll)
Ord L Herr Hartmann
Hoch 1 Herr Nowak

Tagesordnung (Fortsetzung der 40. Sitzung):

TOP 6 Anträge

TOP 6.16 LKW-Durchfahrtverbot Preysingstraße
Drucksache: 1914/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 6.17 Die Mauer muss weg!
Drucksache: 1915/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 6.19 Neue Parkregelung Schottmüllerstraße
Drucksache: 1926/II - SPD-Fraktion

TOP 6.20 Angebotsstreifen für Radfahrer in der Goerzallee
Drucksache: 1930/II - SPD-Fraktion

TOP 6.23 Umweltmessdaten Schildhornstraße
Drucksache: 1937/II - FDP-Fraktion

TOP 6.24 Abzocke in der Schildhornstraße
Drucksache: 1938/II - FDP-Fraktion

TOP 7 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 8 Verschiedenes

Protokoll:

Zu 6 Anträge

zu 6.16 LKW-Durchfahrtverbot Preysingstraße
Drucksache: 1914/II - GRÜNE-Fraktion

BzStR Stäglin erläutert, dass für die Anordnung eines LKW-Durchfahrverbots die Zentrale Straßenverkehrsbehörde bei der Verkehrslenkung Berlin (VLB) zuständig wäre.

Die Fraktion der GRÜNEN erklärt, dass der Antrag auf eine Initiative von Anwohnern der Preysingstraße zurückzuführen ist, die sich über zu starken LKW-Verkehr beklagt haben. Mit der Haynauer Straße stünde eine geeignete Ausweichroute zur Verfügung.

Die Fraktion der CDU fragt, ob die LKW-Verkehrsstärke in der Preysingstraße bekannt sei. Das Amt erklärt, dass ihm keine entsprechenden Zahlen vorliegen.

Die Fraktion der SPD erklärt, dass ihr keine besonderen Gründe bekannt seien, die ein LKW-Verbot rechtfertigen würden. Sie habe Probleme sich vorzustellen, wie eine Ausschilderung aussehen sollte, und halte die dafür einzusetzenden Gelder nicht für gerechtfertigt.

Die Fraktion der FDP erklärt, dass eine Sperrung für den LKW-Verkehr auch deshalb nicht möglich wäre, weil Anlieger an der Preysingstraße, z. B. die Freie Universität, auf LKW-Verkehr angewiesen seien.

Die Fraktion der GRÜNEN besteht auf Abstimmung über ihren Antrag.

Der Antrag wird mit 2 JA-Stimmen, 12 NEIN-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 6.17 Die Mauer muss weg!
Drucksache: 1915/II – GRÜNE-Fraktion

Die Fraktion der GRÜNEN erklärt, dass die Mauer vor den Fenstern der neuen Stadtbibliothek nach ihren Informationen ohne Genehmigung errichtet wurde. Da sie eine Sichtbehinderung darstelle, sollte sie wieder abgerissen werden.

BzStR Stäglin erklärt, dass der Antrag, so wie er formuliert ist, nicht umgesetzt werden kann, da diese Mauer die Lasten aus der Rathaushof-Überdachung abtragen muss und deshalb aus statischen Gründen nicht mehr abgerissen werden könne. Es habe zu dieser Wand vor Ort eine Übereinkunft mit der ARGE Schlossgalerie gegeben, nach der die Wand mit maximal möglichen Durchbrüchen versehen werden soll, damit Sichtbeziehungen wiederhergestellt werden. Nach Informationen des Amtes habe der Nutzer der Stadtbibliothek, das Kultur- und Bibliotheksamt, einen Plan der Architekten abgezeichnet, in dem diese Wand eingezeichnet war, offensichtlich ohne sich bewusst zu sein, was damit

zusammenhängt. Es gab die Übereinkunft im Bezirksamt, dass der zukünftige Nutzer der Bibliothek der Ansprechpartner der ARGE ist und der fachkundige Fachbereich Hochbau nur bei einzelnen wichtigen Arbeitsschritten beratend hinzugezogen wird.

Die Fraktion der GRÜNEN fragt, ob es für die strittige Wand eine Baugenehmigung gab. BzStR Stäglin erklärt, dass er diese Frage durch das Bau- und Wohnungsaufsichtsamt klären lassen müsse.

Die Fraktion der FDP fragt, welche Gründe für die Errichtung dieser tragenden Wand vorlagen. Ist dadurch mehr Baumasse erstellt worden als ursprünglich genehmigt war?

Da das Amt diese Fragen nicht sofort beantworten kann, kommt der Ausschuss überein, den Antrag bis zur Mai-Sitzung zurückzustellen. Das Amt wird aufgefordert, rechtzeitig zur Einladung zu dieser Sitzung einen detaillierten Bericht vorzulegen, in dem auf die offenen Fragen eingegangen wird.

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 6.19 Neue Parkregelung Schottmüllerstraße
Drucksache: 1926/II - SPD-Fraktion

Die Fraktion der SPD erläutert die Gründe für den Antrag. Sie spricht sich dafür aus, auf der gesamten Länge der Schottmüllerstraße eine einheitliche Parkregelung einzuführen. Dabei soll auf einer Straßenseite mit 4 Rädern auf der Fahrbahn geparkt werden, auf der gegenüberliegenden Straßenseite mit 2 Rädern auf dem Gehwegunterstreifen. Dadurch soll erreicht werden, dass in der Mitte der Straße eine Fahrgasse entsteht, die die Durchfahrt von Entsorgungs- und Notfallfahrzeugen ermöglicht, andererseits aber ein zu schnelles Fahren und Begegnen von Kraftfahrzeugen verhindert. Die derzeit geltende Parkregelung ist uneinheitlich, was zu Akzeptanzproblemen geführt hat. Außerdem ist es vorgekommen, dass Fahrzeuge so dicht gegenüberliegend geparkt wurden, dass größere Fahrzeuge am Durchkommen gehindert waren. Die hinzugerufene Polizei konnte aber nicht feststellen, welches Fahrzeug für die Behinderung verantwortlich war, so dass die Kosten für das Abschleppen der Fahrzeuge von der öffentlichen Hand getragen werden mussten. Die beantragte Regelung sollte so eingerichtet werden, dass zwischen den Straßenkreuzungen abschnittsweise das Gehwegparken von einer Straßenseite auf die andere wechselt.

Die Fraktion der GRÜNEN kann sich erinnern, dass die Behandlung einer Petition im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden ergeben hatte, dass zurzeit tatsächlich eine sehr unterschiedliche Parkregelung in der Schottmüllerstraße gilt.

Die Fraktion der CDU fragt, warum es diese unterschiedlichen Regelungen gibt und ob es nicht möglich wäre, beidseitig mit 2 Rädern auf dem Gehwegunterstreifen parken zu lassen.

Die Fraktion der FDP bezweifelt, dass häufig Fahrzeuge abgeschleppt werden mussten und fragt nach, ob es einen hohen Parkbedarf in der Straße gibt. Aus dem Kreis der Ausschussmitglieder wird dazu erklärt, dass mehrere Kleingartenkolonien in unmittelbarer Nähe der Schottmüllerstraße für hohen Parkbedarf sorgen.

Die Fraktion der CDU könnte sich dem Antrag der SPD anschließen, fragt aber nach, ob für das Zulassen des halbseitigen Gehwegparkens die Bordsteine abgesenkt werden müssten.

Bau L - Herr Müller-Ettler - erklärt, dass dies nicht erforderlich sei. Vor Ort sollte festgelegt werden, auf welcher Straßenseite das Gehwegparken am besten zugelassen werden sollte. Die unterschiedliche Parkregelung in der Straße ist dadurch entstanden, dass die vormalige Straßenverkehrsbehörde, der Polizeipräsident in Berlin, im Jahr 2000 aufgrund einer Anwohneranfrage entschieden hatte, das bis dahin geltende halbseitige Gehwegparken innerhalb dieser Tempo 30-Zone abzuordnen, damit in der Straße langsamer gefahren wird. Im mittleren Straßenabschnitt, der durch eine leichte Kurve etwas unübersichtlich ist, wurde die Anordnung des beidseitigen Gehwegparkens aufrechterhalten. Die Gehwegunterstreifen sind hart befestigt, so dass aus Sicht der Straßenbaubehörde das halbseitige Gehwegparken zugelassen werden könne. Wenn es zu einer neuen Regelung kommen sollte, sollten die Anwohner durch ein Infoblatt über die Änderungen und deren Hintergründe informiert werden.

BzStR Stäglin erklärt, dass bei der Behandlung der Petition im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden verabredet wurde, zum damaligen Zeitpunkt keine sofortige Änderung zu reklamieren, dass aber den Fraktionen freigestellt wurde, spätere Änderungen im Antragswege vorzubringen. Er weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die bezirkliche Straßenverkehrsbehörde von der am Verfahren zu beteiligenden örtlichen Polizeidienststelle erfahren hat, dass diese keine Änderung an der derzeitigen Parkregelung für erforderlich hält. Dieses Votum sei bei einer straßenverkehrsbehördlichen Anordnung zu berücksichtigen, letztlich entscheidet aber die bezirkliche Straßenverkehrsbehörde.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt. Er wird mit 15 JA-Stimmen, keiner NEIN-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 6.20 Angebotsstreifen für Radfahrer in der Goerzallee
Drucksache: 1930/II - SPD-Fraktion

BzStR Stäglin gibt den Ausschussmitgliedern folgende Erläuterungen zu diesem Antrag:

Für die Anordnung von Radfahrstreifen in der Goerzallee wäre die Verkehrslenkung Berlin (VLB) die zuständige Straßenverkehrsbehörde. Der Fachbereich Tiefbau habe vorab Überlegungen dazu angestellt. Danach beträgt die Breite der Fahrbahn der Goerzallee etwa 17,0 m. Auf beiden Fahrbahnseiten wird zurzeit am Fahrbahnrand geparkt, so dass von der Fahrbahnbreite 2 x 2,0 m abgezogen werden müssen. Da auch Radfahrstreifen mindestens 2,0 m breit sein müssen, müssten noch einmal 2 x 2,0 m abgezogen werden. Demnach verbliebe für den fließenden Verkehr eine Fahrbahnbreite von 9,00 m, was für einen zweistreifigen Kfz-Verkehr in jede Richtung zu schmal ist. Das Amt hat deshalb überlegt, den auf der Nordseite für den Radverkehr gesperrten Radweg zum Beparken freizugeben, so dass Fahrbahnbreite gewonnen wird. Eine andere Überlegung ist, nur auf der Nordseite einen Radfahrstreifen auf der Fahrbahn einzurichten und auf der Südseite den nicht gesperrten Radweg zu belassen. Über alle Möglichkeiten müsste auch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gesprochen werden, denn diese müsste die erforderlichen Kosten für Baumaßnahmen und Markierungen übernehmen, da dem Bezirk für eine derartige Maßnahme keine Mittel zur Verfügung stünden.

Die Fraktion der FDP erklärt, dass eine Instandsetzung des derzeit gesperrten Radweges billiger sein müsste als die Überlegungen des Amtes und damit die Kosten für den Steuerzahler reduzieren würden. Die Fraktion der SPD erwidert, dass der jetzt gesperrte Radweg nicht den neuesten Anforderungen entspricht, da er keine 1,50 m breit ist und nahe am Bord verläuft. Die Fraktion der CDU

erklärt, dass der vorhandene Radweg instand gesetzt werden sollte, da eine Einengung der Fahrbahn nicht befürwortet würde.

BzStR Stäglin erläutert, dass nach Auffassung des Amtes das Markieren eines Radfahrstreifens auf der Fahrbahn eine deutliche Verbesserung für den Radverkehr mit sich bringt, so dass die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gefragt werden könne, ob sie eine solche Maßnahme aus dem Programm zur Verbesserung des Radverkehrs finanzieren würde. Für eine Sanierung des vorhandenen Radweges, die aus bezirklichen Mitteln vorgenommen werden müsste, sind keine entsprechenden Gelder vorhanden.

Die antragstellende Fraktion schlägt vor, den Antragstext in einen Prüfauftrag umzuformulieren. Die Fraktion der CDU bittet, in den Antrag auch die Alternative „Instandsetzung des vorhandenen Radweges“ mit aufzunehmen. Die Fraktion der FDP schlägt vor, in den Antragstext mit aufzunehmen, dass auf jeden Fall zwei Fahrstreifen je Richtung für den Kfz-Verkehr erhalten bleiben müssen.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden wird der Antragstext wie folgt umformuliert:

„Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob auf der Goerzallee (zwischen Wismarer/Appenzeller Str. und ca. Persantestr.) für Fahrradfahrer ein Angebotsstreifen geschaffen werden kann.

Alternativ sollten die Möglichkeiten der Herrichtung des vorhandenen Radweges geprüft werden.“

Die Fraktion der SPD stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung. Er wird mit 14 JA-Stimmen bei keiner NEIN-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 6.23 Umweltmessdaten Schildhornstraße
Drucksache: 1937/II - FDP-Fraktion

Der Ausschussvorsitzende gibt bekannt, dass der mitberatende Umweltausschuss den Antrag mit einer kleinen Änderung angenommen hat. Die Änderung besteht darin, dass im Antrag jetzt folgender Text steht:

„1.) Die Messdaten vor Einführung von Tempo 30 aus den vier Quartalen <u>2004 und</u> 2005“

Mit dieser Änderung wird der Antrag zur Abstimmung gestellt. Er wird mit 15 JA-Stimmen bei keiner NEIN-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 6.24 Abzocke in der Schildhornstraße
Drucksache: 1938/II - FDP-Fraktion

Die Fraktion der FDP erläutert den von ihr eingebrachten Antrag. Die sehr kleinformatigen, jetzt den ganzen Tag geltenden Tempo 30-Schilder in der Schildhornstraße werden - auch wegen häufiger Ablenkung im Umfeld - von vielen Verkehrsteilnehmern übersehen. Ein zusätzlicher auffälliger Hinweis auf die geltende Geschwindigkeitsreduzierung ist erforderlich.

BzStR Stäglin erklärt, dass das Amt seit Beginn der ganztägigen Tempo 30-Regelung bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde, der VLB, um die Erlaubnis nachgesucht hatte, zusätzliche Hinweise auf die jetzt geänderte Verkehrsregelung und das stationär aufgestellte Geschwindigkeitsüberwachungsgerät anbringen zu dürfen. Dies habe die VLB lange Zeit abgelehnt. In ihrer

letzten Stellungnahme vom 29.03.2006 habe die VLB jedoch die Möglichkeit eröffnet, ein nicht-amtliches Hinweisschild aufstellen zu dürfen. Dieses dürfe aber nicht mit amtlichen Verkehrszeichen verwechselt und nicht am gleichen Mast des Schildes mit dem amtlichen Verkehrszeichen angebracht werden.

Die Fraktion der SPD erklärt, es wäre ausreichend, wenn die vorhandenen Schilder mit der Geschwindigkeitsbeschränkung einfach etwas größer ausgeführt werden würden.

Bau L - Herr Müller-Ettler - erklärt dazu, dass die jetzt vor Ort angebrachte Größe der Verkehrszeichen in der straßenverkehrsbehördlichen Anordnung explizit vorgeschrieben war. Eine Vergrößerung der Verkehrszeichen ist somit nicht möglich.

Die Fraktion der SPD schlägt vor, den Antragstext in etwa so zu ändern, dass anstelle der Worte „ein großes Tempo-30-Schild aufzustellen“ nunmehr der Text „für deutliche Hinweise zu sorgen“ steht.

Die Fraktion der CDU regt an, auf die Erwähnung der Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h in dem aufzustellenden Schild nicht zu verzichten.

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

„Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in der Schildhornstraße/Richtung Bierpinsel für deutliche Hinweise zu sorgen, um die PKW-Fahrer auf die Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h hinzuweisen.“

Danach wird der geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt. Er wird mit 15 JA-zu keiner NEIN-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 7 Bericht aus dem Bezirksamt

1. <u>Baumaßnahme Bergstraße</u>

   Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass ihm kurz vor der Sitzung ein Schreiben der privaten Kant-Schule aus der Körnerstraße übergeben wurde, in dem gefragt wird, ob in der Bergstraße nach der geplanten Straßenbaumaßnahme Tempo 30 bestehen bleiben kann und ob eine Überquerungshilfe für Fußgänger gebaut wird. Auch eine Apothekerin aus der Bergstraße sei vorstellig geworden. Er fragt das Amt, ob es dazu etwas sagen könne.

   BzStR Stäglin erklärt, dass er ohnehin vorhatte, hierzu im Bericht aus dem Amt zu berichten. Auf die bevorstehenden Arbeiten der BVG, die dazu dienen sollen, den Bus 170 auf direkter Linie verkehren zu lassen, hatte das Amt auch zuvor schon hingewiesen. Wegen vorhergehender Leitungsbauarbeiten der BWB muss die BVG ihre Arbeiten in der Bergstraße auf die Zeit der Großen Ferien (24.07.–19.08.2006) verschieben. Im Zuge des Bauvorhabens wird auch die Mittelinsel in Höhe Körnerstraße gebaut. Der Bus 170 wird bis zum 20.08.2006 noch auf der alten Linie verkehren. Die Baumaßnahmen der BVG sollen der Beschleunigung der Busse und gerade dazu dienen, die aus Gründen des schlechten Straßenzustandes ausgesprochene Geschwindigkeitsbeschränkung wieder aufzuheben. Bei einer Beibehaltung der 30 km/h-Regelung hätte die BVG die Kosten der Instandsetzung nicht übernommen.

   Eine behindertengerechte Umgestaltung der Kreuzung Bergstraße/Filandastraße, die außerhalb des Baubereichs liegt, kann nicht von der BVG übernommen werden. Bei geschätzten Baukosten von über 30.000 € kann

der Umbau auch nicht aus den regulären Tiefbauunterhaltungsmitteln erfolgen. Er wolle sich aber beim Finanzdezernenten dafür einsetzen, zusätzliche Gelder für diese Maßnahme zu bekommen.

Aus dem Ausschuss wird gefragt, ob anstelle der Mittelinsel auch die Anlage eines Fußgängerüberweges geprüft wurde. Das Amt erklärt, dass seiner Meinung nach die Fußgängerzahlen zu gering für einen FGÜ seien.

Der Ausschussvorsitzende kündigt an, die Kant-Schule zu informieren und ihr anzubieten, zur nächsten Sitzung des Bauausschusses zu kommen.

2. Benennung eines Platzes nach Oskar Lange
BzStR Stäglin verteilt zu dem Thema zwei beim Amt eingegangene Schreiben des Heimatvereins Steglitz und des Herrn Oskar Stück vom 11.04.2006 mit dem Hinweis, dass diese zur Entscheidungsfindung über den Benennungsvorschlag beitragen sollten.

3. Beseitigung der Schäden am Gedenkstein JOHANN SCHEHR u.a.
Die Bundesfernstraßenverwaltung hat dem Amt am 11.04.2006 mitgeteilt, dass sie in der letzten Aprilwoche eine Firma beauftragen will, die die Schäden am Gedenkstein beseitigen soll.

4. Fußgängertunnel unter der Albrechtstraße
Nach Mitteilung SenStadt vom 31.03.2006 soll der Tunnel nunmehr im Zeitraum August bis Dezember 2006 dauerhaft geschlossen werden.

5. Keine Priorität für LSA Machnower Straße / Bismarckstraße – Gimpelsteig
VLB hat dem Amt mitgeteilt, dass die o. g. LSA berlinweit nur die Priorität „68“ erhalten hat und deshalb in den nächsten Jahren nicht mit einer Realisierung gerechnet werden kann, sofern nicht eine Fremdfinanzierung erreicht werden kann.

6. Erörterung der Verkehrsprobleme mit dem „Schloss“
Am 27.04.2006 wird ein Erörterungstermin beim Polizeiabschnitt 45 mit allen Beteiligten (VLB, Tief, Ord, Polizei, Center-Management) stattfinden, um über festgestellte Probleme und deren Lösungen zu diskutieren.

7. Straßenbahn-Denkmal Königsberger Straße / Morgensternstraße
Die BVG wird das Denkmal, das an die erste verkehrende elektrische Straßenbahn in Lichterfelde erinnert, überarbeiten und am Di., den 16.05.2006 um 11.00 Uhr in einer Feierstunde wieder dem Bezirksamt übergeben.

8. Ausweisung der PRB-Zonen in der Florastraße
BzStR Stäglin berichtet, dass es laut Anordnung der Straßenverkehrsbehörde vom 18.01.2000 für die Florastraße von Anfang an nur eine Ausweisung für die Zone 25 gegeben habe.
Herr Hampel von den GRÜNEN erklärt, dass es eine doppelte Ausweisung gegeben habe, er wisse dies, da er dort wohne.

9. Fußgängerzahlen Mühlenstraße / Jänickestraße
Von der FDP wurde in der Sitzung am 10.04.2006 nach den Fußgängerzahlen gefragt. Wie in der Vorlage zum BVV-Beschluss Nr. 244 vom Bezirksamt mitgeteilt wurde, wurden am 11.10.2001 folgende querenden Fußgänger gezählt :

zwischen 7 und 8 Uhr: 11 Fußgänger
zwischen 16 und 17 Uhr: 7 Fußgänger

10. Tempo 30 Curtiusstraße ist vollzogen
Am 12.04.2006 hat der Fachbereich Tiefbau die ihm seit 10.04.2006 vorliegende Anordnung ausgeführt. Die 30-Zone wird jetzt von der Bahn im Norden, der Drakestraße im Osten, der Ringstraße-Finckensteinallee im Süden und dem Dahlemer Weg im Westen begrenzt. Die Schilder mit der Einzelausweisung 30 km/h vor der Schule mussten abgebaut werden.

11. Anordnung für FGÜ Birkbuschstraße/Sedanstraße/Dalandweg liegt vor
Am 12.04.2006 ging beim Fachbereich Tiefbau die Anordnung der VLB für den o. g. FGÜ ein. Der Fachbereich Tiefbau wird nunmehr eine Kostenermittlung aufstellen und die Ausführung zum FGÜ-Programm bei SenStadt anmelden.

12. BPU für die Baumaßnahme Beethovenstraße liegt vor
Herr Nowak, Hoch 1, stellt die BPU anhand einiger Pläne kurz im Ausschuss vor: Die Maßnahme ist in der Investitionsplanung mit Gesamtkosten von 2.000.000,00 € enthalten, die erste Rate ist im Haushaltsplan für 2006 mit 500.000,00 € vorgesehen. Die Gesamtkosten werden durch die BPU bestätigt. Das vorhandene Gebäude aus dem Jahr 1978 beherbergte ein Kinderheim und zwei Kitas, es soll im 1. und 2. OG nunmehr für den Einzug des Jugendregionaldienstes B umgebaut werden. Dazu müssen u. a. ein zweiter Rettungsweg ergänzt, Sanitärbereiche umgebaut und behindertengerechte Zugänge geschaffen werden. Im Zusammenhang mit dem Umbau sind auch Instandsetzungen an den Fenstern und am Dach geplant.
Die Fragen aus dem Ausschuss zum Erfordernis eines zweiten Rettungsweges und zur Sanierung der ca. 12 x 8 m großen Gymnastikhalle, ob die beiden Kitas bestehen bleiben, ob die Wasserversorgung auch auf Warmwasser umgestellt werden muss, wie das Gebäude beheizt wird und ob eine energetische Betrachtung inkl. Wärmedämmung (k-Wert) angestellt wurde, werden von Herrn Nowak beantwortet.

13. Untersuchungen zum Kranoldplatz
BzStR Stäglin berichtet, dass dem Ordnungsamt von der Humboldt-Universität angeboten wurde, den Bereich des Kranoldplatzes im Rahmen eines Projektes genauer hinsichtlich der Verkehrsregelung und der Gestaltung zu untersuchen. Das Amt habe sein Interesse bekundet und wartet nun auf eine Entscheidung der HU.

14. Prüfung der Vorgänge zum „Schilderwald“
BzStR Stäglin berichtet, dass das Ordnungsamt dabei ist, die vier Vorgänge, die im Rahmen der Aktion der Berliner Morgenpost unter dem Titel „Lichtet den Schilderwald“ erschienen sind, zu überprüfen.

15. Arbeiten an Verteilerkästen im Straßenland im Auftrag der T-Com
Das Ordnungsamt hat den Firmen, die zurzeit im Auftrag der T-Com dabei sind, bis zur Fußball-WM die neuen Verteilerkästen für den Aufbau des High-Speed-Netzes zu installieren, eine Erlaubnis zum Befahren der Gehwege erteilt.
Auf Nachfrage des Ausschusses berichtet BzStR Stäglin, dass die T-Com vertraglich verpflichtet wurde, eventuelle Graffiti zeitnah zu beseitigen.

16. Testlauf für neue MDE-Geräte
Das Ordnungsamt Steglitz-Zehlendorf wird ab Mai die berlinweit neu beschafften Mobilen Daten-Erfassungs-Geräte testen, die es u. a. erlauben, die schriftliche Verwarnung sofort auszudrucken.

17. Verkehrsregelungen für das Umfeld des Stadions Lichterfelde
Das Ordnungsamt berichtet, dass während der Fußball-WM für die dort trainierenden Mannschaften die Möglichkeit besteht, auf dem Trainingsplatz im Stadion Lichterfelde auch „öffentliche Trainings“ abzuhalten. Zu diesen Anlässen wird mit starkem Zuschauerinteresse gerechnet. Mit den beteiligten Stellen werden zurzeit Überlegungen zu notwendigen Verkehrsregelungen u. a. für Reisebusse angestellt.

18. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Königstraße in Zehlendorf
BzStR Stäglin berichtet, dass am 12.04.2006 ein Gespräch bei ihm mit der Anwohnerin der Königstraße stattgefunden habe, die vor einigen Sitzungen im Bauausschuss über zu starke Verkehrsbelastungen berichtet hatte. Er habe vereinbart, dass das Amt noch einmal eine aktuelle Verkehrszählung durchführen und die Auswirkungen einer anderen Parkregelung in der Königstraße prüfen wird. Ein neuer Gesprächstermin sei für Ende Mai verabredet worden.

19. Einbeziehung der Baseler Straße in die umgebende Tempo 30-Zone
Das Ordnungsamt hat eine BA-Vorlage erarbeitet, mit der vorgeschlagen wird, die Baseler Straße zwischen Finckensteinallee und Luzerner Straße in die umgebende Tempo 30-Zone einzubeziehen. Wenn das Bezirksamt diesen Vorschlag annimmt, wird die BVV mit einer Vorlage zur Kenntnisnahme informiert.

20. Baumaßnahme Hildburghauser Straße
Nachdem nunmehr das neue Straßenausbaubeitragsgesetz veröffentlicht ist, werden zurzeit Abstimmungen mit den beteiligten Verwaltungsstellen (VLB, SenStadt) geführt, welche alternativen Planungen von diesen akzeptiert würden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat hier beim übergeordneten Hauptverkehrsstraßennetz zuzustimmen.

21. Ladiusmarkt wurde zum 30.06.2006 gekündigt
Dem Betreiber des Ladiusmarktes in Zehlendorf-Süd wurde vom neuen Eigentümer, der auf der Fläche den Neubau eines „Vollsortimenters“ plant, zum 30.06.2006 gekündigt. Das Bezirksamt prüft zurzeit, dem Betreiber eine Ersatzfläche für ca. 40 Stände auf dem Straßenland der Ladiusstraße vor der Ladenzeile zu genehmigen. Auf Nachfrage der CDU erklärt BzStR Stäglin, dass das jetzt geplante Neubauvorhaben nichts mehr mit den alten Überlegungen zur Umgestaltung des Ladiusmarktes zu tun habe.

22. Anzeigen des Herrn Krebs aus dem Oertzenweg
BzStR Stäglin gibt den Ausschussmitgliedern die im letzten Ausschuss erbetene Anzahl der im Ordnungsamt eingereichten Anzeigen von Herrn Krebs bekannt :
In diesem Winter gingen von Herrn Krebs ein :
73 Anzeigen wegen nicht durchgeführter Winterglättebekämpfung
6 Anzeigen wegen falschen Parkens außerhalb der Markierungen
5 Anzeigen wegen fehlender Hausnummernbeleuchtung

zu 8 Verschiedenes

Die Fraktion der GRÜNEN fragt, ob dem Bezirksamt ein Baustopp auf der Baustelle Strandbad Wannsee wegen eines undichten Abwasserrohres bekannt ist und ob es stimme, dass die nicht maßgerechten Ziegelsteine inzwischen vermarktet worden seien.
BzStR Stäglin erklärt, dass ihm von einem Baustopp nichts bekannt sei. Hinsichtlich der Ziegelsteine kenne er eine Anfrage der die Sanierungsarbeiten durchführenden Stiftung Denkmalschutz, wem die Steine gehören. Die Frage nach dem Eigentümer sei aber nicht so einfach zu beantworten und muss rechtlich geprüft werden.

Die Fraktion der FDP bedankt sich beim Amt für die unkomplizierte Lösung des Problems, dass Grundstückszufahrten in der Schildhornstraße immer wieder zugeparkt waren. Das Amt sei sofort nach Ende des Frostes tätig geworden.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Eichstädt	Kühnast
Ausschussvorsitzender	Schriftführer